

Solidarität



Organ des Verbandes der graphischen Hilfs- Arbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands

Erscheint wöchentlich Sonnabends • Bezugspreis monatlich 0,50 RM. ohne die Bestellgebühr • Anzeigen: die 3gespaltene Pettzeile 1,- RM. Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 RM. • Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an • Nur Postbezug ist zulässig

Nr. 40 • 38. Jahrgang

Berlin, den 1. Oktober 1932

Ein neuer Dreh der Buchdruckunternehmer

Die Unternehmer im Buchdruckgewerbe sind durch den Schiedspruch von Frankfurt am Main zu einem Erfolg gekommen, den sie selbst nicht erwartet haben, der ihnen aber auf die Dauer keine ungetriebene Freude bringen wird. Zwar tun sie so, als ob sie noch nicht zufrieden sind, und lassen in ihrer „Zeitschrift“ erklären, daß sie diese „Regelung als unzulänglich bezeichnen“ und ihre Forderungen „nur zum geringen Teil berücksichtigt worden“ sind. Der uns aufgezwungene Lohnsatz biete ihnen nur „geringe Vergünstigungen“, sie betrachten ihn „als eine Abschlagszahlung und eine Etappe auf dem Wege zur regionalen Lohnregelung unter Anpassung an das örtliche Lohnniveau“. Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir diese Auslassungen als Redensarten bewerten, mit denen sie den schlechten Eindruck dieses Lohnraubes in der Öffentlichkeit ver Wischen wollen. Kein Mensch wird verkennen können, daß in dieser Zeit der größten Not überhaupt Lohnkürzungen Berechtigung haben, ausgenommen einige verdohrte Unternehmer und solche Herren, die einen Arbeiterhaushalt noch nie gesehen haben.

Diese ungeheuerliche Entscheidung hat bei den Mitgliedern eine Erbitterung ausgelöst, die zu unabsehbaren Folgen führen kann. Die Kollegen wollen und können sich nicht mit dieser Lohnkürzung abfinden und stellen in berechtigter Empörung Forderungen an die Verbandsleitung, die dieser die Einhaltung der Vertragspflicht ungemein erschwert. Aus den Betrieben und den Versammlungen kommen Anträge auf sofortige Beseitigung dieser Lohnzwangsbestimmungen mit der Drohung, sonst zur Selbsthilfe greifen zu müssen. Und in der Tat ist es in verschiedenen Betrieben zu Ausständen gekommen, ohne daß die Verbandsinstanzen gehört oder benachrichtigt wurden. Die Schuld an den impulsiven Kampfmaßnahmen tragen die Unternehmer selbst, sie haben zu verantworten, was sie angerichtet haben. Unsere Vertreter haben ihnen bei den Verhandlungen offen gesagt, was kommen wird, wenn sie von ihren Forderungen nicht abgehen. Sie haben die Warnungen der Arbeitervertreter in den Wind geschlagen und sollen nun gefälligst selbst sehen, wie sie mit ihren Arbeitern fertig werden. Diese kleinen Geplänkel in einzelnen Betrieben, die der Verband nicht will und nie gewollt hat und vor denen er die Mitglieder ausdrücklich warnte, sind ja nur Vorpostengefächte, wenig überlegt und aus einer begrifflichen Empörung geboren, folgen werden ganz andere Maßnahmen, wenn die Organisation erst freie Hand hat. Darauf können sich die Unternehmer und ihre Helfershelfer heilig verlassen.

Doch nun kommt das Tollste, was man sich überhaupt denken kann oder eigentlich nicht denken kann. Der

Unternehmerverband scheut diese Auseinandersetzungen, er will ihnen ausweichen und sie auf einen Zeitpunkt verschieben, der ihm günstig erscheint. Bekanntlich haben die Verbandsinstanzen dem Verlangen aller Mitgliedschaften entsprochen und beschlossen, den Lohnsatz beim nächst zulässigen Termin zu kündigen. Das ist auch geschehen, so daß in sechs Wochen der Schiedspruch seine Wirksamkeit verliert. Das paßt den Unternehmern aber nicht, obwohl sie doch eigentlich froh sein müßten, nach dieser „Abschlagszahlung“, wie sie den Schiedspruch nennen, größere Forderungen eintreiben zu können. Die Organisation gibt ihnen durch die Kündigung dazu frühzeitig Gelegenheit. Anscheinend wollen sie sich jedoch mit dieser „unzulänglichen“ Regelung vorläufig begnügen; sie haben nämlich die Kündigung abgelehnt und dem Verbandsvorstand mitgeteilt..., doch das sollen unsere Leser im Wortlaut genießen:

Berlin W. 9, den 22. September 1932.

Einschreiben!

An den Vorstand des
Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter
u. Arbeiterinnen Deutschlands,
Meerstraße 5,
Berlin-Charlottenburg.

Hiermit bestätigen wir den Eingang Ihres Schreibens vom 21. d. M. Die in diesem Schreiben ausgesprochene Kündigung zum 4. November 1932 können wir als wirksam nicht anerkennen.

Nach § 2 Ziffer 2 des mit Wirkung vom 1. Mai in Kraft getretenen Manteltarifs ist für Lohnfestsetzungen die jeweilige im Lohnabkommen für die Gehilfen vereinbarte Gültigkeitsdauer maßgebend. Da das Lohnabkommen für die Gehilfen bisher nicht gelündigt ist, läuft auch die Gültigkeitsdauer der Lohnfestsetzung für die Hilfsarbeiter über den 4. November hinaus weiter. Gültigkeitsdauer ist nicht gleichbedeutend mit Kündigungsfrist, so daß die in der Vereinbarung mit den Gehilfenverbänden am 14. Mai 1932 festgelegte Kündigungsfrist nicht auf die Lohnfestsetzungen der Hilfsarbeiter Anwendung findet.

Wir bitten, uns diese unsere Rechtsauffassung als richtig zu bestätigen, da wir sonst gezwungen wären, anderweitige Schritte zu ergreifen.

Hochachtungsvoll
Deutscher-Buchdrucker-Verein E. V.

Der Vorstand

ges. Frisch ges. Dr. Woelfel

So etwas nennen wir einen juristischen Dreh, der allerdings seine Wirkung auf unsere Verbandsleitung vollständig verfehlt. Nach der Argumentation der großen Juristen im DVB und ihrer Rechtsauffassung kämen wir von dem Lohnsatz überhaupt nicht frei, es sei denn, die Unternehmer kündigten das Lohnabkommen. Wir hätten nach Auffassung der Unternehmer einen Lohnvertrag, den unser Verband selbst

ständig überhaupt nicht lösen könnte, wären also gezwungen, einen Vertrag so lange anzuerkennen, bis die andere Vertragspartei ihn nicht mehr haben will. Wäre das ein Rechtszustand, einer Partei einen Lohnsatz aufzuzwingen, den sie gar nicht haben will, und ihr dann die Möglichkeit zu nehmen, nach eigenem und freiem Ermessen von diesem Vertrag überhaupt loszukommen? Das wäre einseitiges Recht; ein solcher Vertrag würde gegen die guten Sitten verstoßen und hätte keine rechtliche Gültigkeit. Bestände die Auffassung des DVB. zu recht, so wäre der Lohnsatz vom 16. September ungültig, und wir hätten sofort freie Hand. Wir müssen die klugen Juristen des Unternehmerverbandes höflich darauf aufmerksam machen, daß sie sich gründlich irren und diesmal gründlich hereinkommen werden. Ein Ausweichen gibt es nicht, sie dürfen sich ruhig auf den 4. November vorbereiten.

Man könnte dieses juristische Manöver der Unternehmer als Verschleppungstaktik bezeichnen, die sie unseren Vertretern in ihrer „Zeitschrift“ und bei den Verhandlungen zum Vorwurf gemacht haben. Die Unternehmer sind nämlich bei den Verhandlungen sehr eigene Leute und sehr empfindliche Herren. Wenn sie kurz ihre Forderungen begründet haben, tun sie sehr erstaunt, den Verhandlungsgegner nicht sofort für ihre Anträge bereit zu finden, und sie können es nicht begreifen, daß Einwände von der Gegenseite kommen, die sie anhören sollen. Bei diesen Verhandlungen, da die Unternehmer Anträge von ungeheurer Tragweite stellten, war es gar nicht möglich, in kurzen Worten die Behauptungen der Unternehmer zu entkräften, die bei dem neuen Kurs sehr zuverlässig waren und den Erfolg sozusagen schon in der Tasche hatten. Man muß nämlich wissen, daß ein Unternehmer in drei Worten so viel behauptet, als in einer halbstündigen Rede kaum berichtet werden kann. Außerdem war eine längere Aussprache schon bei der Anfechtung der Rechtslage, die selbst im DVB. bestand, notwendig, und die Unternehmer lassen ja jetzt erkennen, daß ihr sogenanntes Recht auf Änderung der Lohnbestimmungen in dem von ihnen gewollten Sinne auf sehr schwachen Füßen steht. Verhandlungstaktik ist noch lange nicht Verschleppung der Verhandlungen; wir würden loyal dem Gegner jede Redezeit zubilligen, wenn er glaubt, sie für seine Begründung und Entgegnung nötig zu haben. Bei den Unternehmern ist das anders, sie sind es vom Betriebe her so gewöhnt, daß ihre Worte und Anordnungen ohne Widerspruch hingenommen werden. Das werden sie sich bei Verhandlungen mit uns eben abgewöhnen müssen.

Da die Unternehmer uns in ihrem Schreiben „anderweitige Schritte“ angekündigt haben, wird zur Kündigung später noch einiges zu sagen sein.

Baronspolitik und Buchdruckgewerbe

Aus den toten Zahlen der Tabellen steigen Bilder auf. Können von Leben, Kampf, Erfolg. Von Veränderungen, Umwälzungen im Beruf. Vom Auf und Ab im Wirtschaftsleben, den Krisenstößen. Vor uns liegen verschiedene Jahresberichte der Buchdrucker-Berufsgenossenschaft. Von Leiden und Freuden der Berufsgenossenschaft kann man da allerlei herausgehören. Den letzten Bericht, vom Jahre 1931, zieren sogar politische Notizen zur Gegenwart. Dem Kabinettsrat verliert er ein Loblied. Aber sein statistischer Teil enthält eine ablehnende Beleuchtung der Papenwirtschaftspolitik. Im Text liest man da:

„... Nur der Regierungswechsel hat die Berufsgenossenschaft bisher vor der Durchführung dieser für die Selbstständigkeit der Berufsgenossenschaften ausschlaggebenden Bestimmung bewahren können.“

Was ist das für eine gefährliche Bestimmung? Entfallen in einer Notverordnung der Brüningregierung, soll nach ihr ein besonderer Ausschuss mit Vertretern der Arbeitgeber über alle Angelegenheiten der Unfallversicherung und Betriebsüberwachung beraten und beschließen können. Dank Papen, wird das „Angebot“ verweigert.

Der belobigten Regierung Wirtschaftsprogramm enthält den ausgesprochenen Gedanken, die Wirtschaft könne, gestützt auf Milliardenbesuche und Prämien mit Lohndruckberechtigung, durch Vergrößerung des Produktionsapparates wirksam belebt werden. Das ist eine grundsätzliche Ablehnung der von den Gewerkschaften und sachkundigen Volkswirtschaftlern geforderten Stärkung der Massenkraft als Anreger der Warenerzeugung. Der Papenplan bedingt eine Schwä-

chung dieses Wirtschaftsbelebbers. Ja, er müßte sich sogar als Störer und Hemmer einer konjunkturellen Besserung auswirken.

Die Produktionsmittelindustrie beschränkt sich vorwiegend auf die Rohstoffgewinnung, Halbmaterialherstellung sowie die Maschinenindustrie. Nach Urteil und Belegten Sachkundiger von unbefruchtetem Auf im In- und Auslande haben aber gerade hier Riesenschleppungen eine krisenverfärbende Betriebsüberkapazität geschaffen. Nach dem Papenplan würde sie noch erweitert, das hier schon „tot“ gemachte Milliardenkapital noch vergrößert. Zwar ist kaum jemals an eine reifliche Ausnutzung des ganzen Apparates zu denken, aber das investierte Kapital belastet die Produktion mit Verzinsungsanspruch. Die Durchführung des Papenplanes vergrößerte diese Last, erschwerte eine wirtschaftlich rentable Produktion. Die Eier nach Senkung des Lohnfortenanteils bliebe lebendig, wirkte mit verstärkter Macht. Der verhängnisvolle Kreislauf:

Konsumkraftschwächung — Produktionseinschränkung, würde nicht abgestoppt, vielmehr schärfer angetrieben.

Anders lägen die Dinge für die Maschinenindustrie, wenn es Käufer gäbe. Wenn die Inlandsunternehmen durch Massenaufträge ihrer Abnehmer zu Betriebs-erweiterungen gedrängt würden. Aber solcher Drang fehlt. Und Autarkiemauern verhindern die Ausfuhr deutscher Industrieerzeugnisse. Die inländischen Verbraucher von Maschinen und Apparaten haben ihre Produktionsanlagen ebenfalls schon über Hochkonjunkturbedarf ausgebaut. Das gilt auch von den meisten Buchdruckereien. Sie laborieren an solchen Fehlleistungen. Die Maschinenindustrie, selbst ebenfalls mit zu großem Produktionsapparat belastet, wozu die letzte Scheinhochkonjunktur verführte, könnte also in der Hauptsache auch nur die eigenen Anlagen erweitern. Mit dem gleichen Ergebnis wie das in der Rohstoff- und Halbgüterindustrie. Mehrbelastung der Produktion mit unproduktivem Kapital.

Zu den Abnehmern von Maschinen gehört mit nicht unbedeutendem Anteil das Buchdruckgewerbe. Wie sieht es hier aus? Ist hier ein wirtschaftlich gesundes Bedürfnis nach Neu-, Erweiterungs- und Verbesserungsanlagen vorhanden? Im Gegenteil; die meisten Betriebe leiden an Überbelastung mit maschinellen, nicht voll auszunutzenden oder stillgelegten Anlagen. Sie genügen für eine 50prozentige und größere Inanspruchnahme. Dabei ist das Buchdruckgewerbe bisher immer noch gut beschäftigt gewesen. Das belegen die Nachweisungen der Berufsgenossenschaft. Einige Tatsachangaben zur Illustration:

In allen Druckereien gab es 1928, bei 8888 Setzmaschinen, 11 203 Gehilfen, 1931, bei 9020 Setzmaschinen, 10 847 Gehilfen. Mehr Maschinen, weniger Gehilfen. Die Maschinen werden nicht voll ausgenutzt. In der gleichen Zeit stieg die Zahl der vorhandenen Schnellpressen von 22 908 auf 23 684. Die Zahl der daran beschäftigten Gehilfen sank jedoch von 16 515 auf 13 553. Schon ziffernmäßig ein Mißverhältnis. Hinzu kommt, daß veraltete Systeme durch neue leistungsfähigere Pressen ersetzt wurden. Der Betriebseffekt bleibt hinter der Leistungsmöglichkeit weit zurück. Zu gleicher Schlußfolgerung berechtigt die erheblich gesteigerte Kapazität der Rotationsmaschinen, Tiegelpressen und anderen Maschinen. Als Beweis dafür noch folgende Angaben: Bei Leistungssteigerung der Gehilfen ist die Zahl der Handseher von 41 865 im Jahre 1928 auf 34 531 gesunken. Rückgang fast 18 Proz. Die Gesamtbeschäftigung der Druckereien zeigt jedoch eine Verfeinerung von 231 037 auf nur 213 610; Rückgang nicht ganz 8 Proz. Für die Handseher wird der Arbeitsmarkt kein Willkomm mehr bieten, wenn auch die konjunkturellen Verhältnisse im allgemeinen besser werden. Opfer der Mechanisierung der Betriebe, erheblich gesteigerter Leistung der Maschinen. Zwar ist die Zahl der Rotationsdruckereidruckereien 1931 um 31 gegenüber 1930 gesunken, sie ist aber noch um 47 größer als im Jahre 1929, und um 427 größer als 1913, während die Zahl der Rotationsmaschinen im letzten Jahre gegenüber 1930 um 80, gegenüber 1928 sogar um 180 kleiner geworden ist. Die Leistungsmöglichkeit der in den letzten Jahren beschafften Maschinen hat sich vervielfacht. Hier ist der unwirtschaftliche Leerstand noch größer als bei den Setz- und anderen Maschinen.

Nicht die Senkung des Arbeitsquantums, sondern die weit über Ausnutzungsmöglichkeit hinaus erhöhte Kapazität der Betriebsanlagen gibt der Krise im Buchdruckgewerbe die schärfere Note. Die Zahl der Kontursteigerungen stieg auf 68, von 37 im Jahre vorher; die der Zwangsbeitreibungen nahm zu von 1944 auf 2557. Nicht verringert hat sich die Zahl der Betriebe, aber die der Zwergunternehmen hat sich vergrößert. Neugründungen, meist von arbeitslosen Buchdruckern, die vielfach durch Preisunterbietung sich durchzubeißen versuchen, sich abzuquälen, darben und trotzdem bei der Geschichte ihre Spar- oder Borgroschen einbüßen. Die an die Gesamtgenossenschaft gezahlte Lohnsumme ist um 14 Proz. kleiner geworden.

Das Buchdruckgewerbe wäre wirtschaftlich sofort gesund, könnte es sich von der Last des unbenutzten, aber sehr teuren maschinellen Apparates befreien. Das ginge nur durch schmerzhaft erhebliche Verkleinerung des jenseitigen investierten Kapitals. Hier ist der wundeste Punkt im wirtschaftlichen Krankheitszustand überhaupt. Aber das Unternehmertum, der Kapitalist will weder Kapitalverlust noch Jenseitigkeit hinnehmen. Die Kosten der falschen Spekulationen, der Fehlleistungen, der kapitalistischen Krise glaubt man reflexlos auf die an alle den Dingen vollständig unschuldige Arbeiterschaft abwälzen zu können — durch Lohnsenkung. So kommt man zu dem widersinnigen Zustand, durch Konsumkraftschwächung die Produktion beleben zu wollen, und mordet immer weiter.

Dabei spielt speziell im Buchdruckgewerbe der Lohnfaktor in der Gesamtkalkulation gar nicht die ihm vom Unternehmertum zugehörige entscheidende Rolle. Die

toten und leerlaufenden maschinellen Anlagen sind die Hauptkrankheitsreize.

Der Papenwirtschaftsplan erweist sich wie für die Gesamtwirtschaft, so auch für das Buchdruckgewerbe, besonders für die Arbeiterschaft als ein Gefahrenbringer und Krisenverstärker. Das bestätigen die Angaben der Berufsgenossenschaft. Die Arbeiterschaft steht in schärfstem Kampf gegen die Politik des Lohnbruders, des Konsummordes, der Fabrikation von Arbeitslosen.

„Die Gewerkschaften für die Volkswirtschaft unentbehrlich“

Der in der Überschrift zum Ausdruck gebrachte Grundsatz stammt nicht von irgendeinem Gewerkschaftler, sondern von dem derzeitigen Reichsarbeitsminister. Dieser hielt auf dem 13. Kongreß der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands eine Begrüßungsansprache, wobei er sich über die Bedeutung der Gewerkschaften folgendermaßen äußerte: „Ich weiß, daß die Gewerkschaften ihre Bedeutung nicht nur als Vertretung von Standes- und Berufsinteressen haben, sondern darüber hinaus in unserer Volkswirtschaft nicht mehr zu entbehren sind. Wer von den Gewerkschaften die Abstützung verlangt, müßte gleichzeitig mit dem Abbau der Kartelle und der Auflösung der Unternehmerverbände beginnen. Der Staat von heute muß auf eine Zusammenarbeit mit den Berufsvertretungen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer größten Wert legen.“

Diese Worte des Reichsarbeitsministers einer reaktionären Regierung könnten man beinahe wörtlich unterschreiben. Wir wagen aber sehr zu bezweifeln, daß dieses Eingeständnis dem Willen der gelamten Regierung entspricht und nicht einer Augenblicksstimmung mit Rücksicht auf den Gastgeber entsprossen ist. Wie dem auch sei, es ist eine Binsenwahrheit, daß keine Regierung die Gewerkschaften zu übergehen vermag. Diese sind in der Tat unentbehrliche Bestandteile einer hochentwickelten Volkswirtschaft. In einer Zeit, wo die Organisierung aller Lebensverhältnisse weit fortgeschritten ist, wären die Hand- und Kopsarbeiter ohne einen solchen Schutz willenslose Werkzeuge in den Händen anderer. Wir befürchten, daß die Einsicht, der sich selbst ein Minister einer kapitalistischen Regierung nicht verschließen kann, bei den nächsten Interessenten, d. h. bei den Arbeitern selbst, nicht den entsprechenden Anklang findet.

Nach menschlichem Ermessen muß die Krise in nicht allzu ferner Zeit ihr Ende erreichen. Wenn der seltliche Druck einer ersten großen Weltwirtschaftskrise der Lebensverhältnisse erst einmal von der Arbeiterschaft genommen ist, dann wird sie zu erkennen vermögen, was sie in der Krisenzeit verloren hat. Mit unbeugsamer Energie wird versucht werden müssen, der Arbeiterschaft die Ellbogenfreiheit wieder zurückzugewinnen, die sie in der Zeit des organisatorischen Hochstandes gewonnen hatte. Aber auch die Volkswirtschaft selbst wird eine erkennbare Blühte nicht wieder erreichen, wenn der Druck der Gewerkschaften nicht dahinter steht. Ganz richtig hat der Leiter des italienischen Großbetriebes Fiat in Turin in seinen „Gedanken zur Krise“ folgendes zum Ausdruck gebracht:

„Verkürzung der Arbeitszeit und entsprechende Herabsetzung der Löhne muß die Lösung lauten. Die Notwendigkeit einer Herabsetzung der Arbeitszeit als Heilmittel gegen die beängstigende Arbeitslosigkeit wurde bereits vom Vorsitzenden des nordamerikanischen Gewerkschaftsbundes Green unterstrichen. Auch in Genf wurde bekanntlich auf Antrag der Arbeitnehmer eine Entschlieung zugunsten der Vierzigstundenswoche angenommen. Dies alles aber genügt nicht, wenn man nicht will, daß die Verkürzung der Arbeitszeit nichts weiter bedeutet als ein einfaches Vinderungsmittel. Will man der Arbeitslosigkeit energisch entgegenzutreten, so muß diese Maßnahme organisch angelegt sein und bis auf die Wurzel des Übels vordringen. Zu diesem Zweck muß man, wie ich nur wiederholen kann, die Arbeitszeit verkürzen und die Löhne entsprechend heraufsetzen.“

Das sind einfache Überlegungen eines Industriellen, der mit offenem Blick die volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten zu erkennen vermag. Aber wir sollten uns darüber klar sein, daß solche Meinungen bei den Unternehmern nur wenig verbreitet sind. Die meisten betrachten Löhne als Unkosten des Betriebes und nicht als die notwendigen Substanzmittel zur Erhaltung und Wiedererneuerung des gesamten Volkslebens und als notwendige Auffangvorrichtung für die in Massen erzeugten Industrieexprodukte. Diese fürchterliche Krise hat die Welt in ein Trümmersfeld verwandelt. Es wird jahrelanger Arbeit bedürfnis, damit Gedanken wie die vorstehenden wieder Geltung bekommen. In einer Zeit, wo die Produktionskraft der Volkswirtschaft aller Länder bis ins höchste gesteigert wurde, kann die Wirtschaft eines Landes nicht nach den Grundzügen von vor 30 Jahren wieder aufgebaut werden. Da aber jene

Grundzüge in den Köpfen der leitenden Personen auch heute noch lebendig sind, werden die Gewerkschaften die Pioniere sein müssen, um einer nach sozialen Gesichtspunkten orientierten Volkswirtschaft Geltung zu verschaffen. Dies wird ohne Reibungen und große Kämpfe nicht abgehen. Die Organisationskraft der Arbeiter und Angeestellten allein wird nicht ausreichen, um rückwärtliche Tendenzen zu bekämpfen. Die politische Macht muß hinzukommen, um den Lebensspielraum der breiten Masse, der durch die Krise so weitgehend eingeschränkt wurde, wieder zu erweitern.

Für Deutschland ergibt sich wiederum Gelegenheit, den Wahlkampf zur Klärung indifferenter Schichten zu benutzen. Dies vom Fieber geschüttelte Volk muß sich nicht nur einer Reaktion schlimmster Art erwehren, sondern auch sogenannte Volksbewegungen bekämpfen, die sich mit sozialen Phrasen umgeben, in Wirklichkeit aber Schildhalter des alten Systems sind. Wenn einem Minister eines reaktionären Kabinetts in einem lichten Augenblick die Erkenntnis dämmert, daß die Gewerkschaften in der modernen Volkswirtschaft nicht zu entbehren sind, so muß die arbeitende Klasse von sich aus alles tun, um dieses platonische Geständnis im vollen Umfange durch Tatsachen zu bekräftigen. Dies geschieht, indem man die Gewerkschaften in stand setzt, ihre Mission als Schutz und Trutz der Klasseninteressen des Proletariats erfüllen zu können.

Unternehmeroffensive zur Durchführung der Notverordnung

In seiner Rundfunkrede hat der Reichsminister v. Papen die Unternehmer zur Mithilfe an der Durchführung der Notverordnung aufgerufen. Mit guten Gründen, denn in ihrem Sinne ist das Gesetzwerk gehalten. In der Presse fordern hier und da Unternehmer dazu auf, die Regierung nicht im Stich zu lassen. In der DZ Nr. 220 befindet sich ein schwungvoller Aufruf eines Schraubenfabrikanten zur Offensive des Unternehmertums. Eine Stellungnahme gegen die Notverordnung sei gleichbedeutend mit Landesverrat. Ein Unternehmer, der dies tue, sei ein Verräter an den eigenen Kreisen. Zum Schluß vernehmen wir folgendes:

„Das Unternehmertum wird, wie in früheren Zeiten, durch die mutige Tat den Beweis dafür antreten, daß seine Ansprüche, als Führerschaft anerkannt zu werden, berechtigt sind. Genau wie im August 1914 alle einig aufstehen im Kampf mit den Massen gegen den äußeren Feind, genau so werden auch jetzt die Unternehmer gemeinsam gegen die Offensivkräfte der Wirtschaftskrise und ihre Belegschaften zum erfolgreichen Siege führen. Dieser Offensivgeist wird Deutschland dazu bringen, die Not der Jetztzeit zu überwinden.“

Wir werden hoffentlich Gelegenheit haben, die Folgen dieser Unternehmeroffensive kennenzulernen. Wir werden sehen, wie sie „ihre Belegschaften zum erfolgreichen Siege führen“. Allerdings, wenn man derartige Geschenke in den Schoß geworfen bekommt, kann man sich auch bereit erklären, die Offensivkräfte zu ergreifen. Der Offensivgeist des Unternehmertums ist nichts anderes als Patriotismus mit klingender Münze.

Das war noch vor 20 Jahren!

Im „Proletarier“ berichtet der Genosse Haupt vom Fabrikarbeiter-Verein über die Verhältnisse in der chemischen Industrie vor 20 Jahren. Wir lesen dort:

„Die Badische Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen beschäftigte in den Jahren von 1908 bis 1914 7000 bis 8000 Arbeiter. Die Arbeitszeit betrug 10 Stunden. In der Wochenscheft mußte an verschiedenen Stellen ohne Pause 12 Stunden durchgearbeitet werden. Dafür erhielten die Arbeiter 11 Stunden, in Einzelfällen 12 Stunden bezahlt. Die sonntägliche Wochenscheft betrug 24 Stunden. Diese gewissermaßen offizielle Arbeitszeit wurde stark überschritten. Meister, Aufseher und selbst Vorarbeiter waren allmächtig; sie regelten die Arbeitszeit nach ihrem Gutdünken. Der Einkellungslohn für ungelernete Arbeiter betrug 35 Pf. Das ergab einen wöchentlichen Bruttoverdienst von 22,80 M., der nach 10 Jahren auf 27 M. steigen konnte. Da die Arbeiter von weit her kamen, waren lange Anmarschwege notwendig. Hunderte von Arbeitern mußten frühmorgens regelmäßig zwischen 3 und 4 Uhr aufstehen, um die Arbeit rechtzeitig um 6 Uhr aufnehmen zu können. Viele Arbeiter waren 15 bis 17 Stunden täglich außerhalb des Hauses. Hygienische Einrichtungen kannte man in der Fabrik bis zur Jahrhundertwende kaum. Erst später wurde ausreichende Waschl- und Badegelegenheit geschaffen. Umkleekabinen waren auch später noch nicht ausreichend. Die Straßenscheiter wurden an Ketten aufgehängt und unter die Decke gezogen...“

So sah es noch vor 20 Jahren in den Betrieben der reichen chemischen Industrie aus. Um wieviel haben sich die Arbeitsverhältnisse der chemischen Arbeiter verbessert! Das konnte nur geschehen durch eine emsige gewerkschaftliche Tätigkeit. Nur wer die früheren Verhältnisse kennt, wird ermessen können, welchen Segen die Gewerkschaften für die Arbeiter gestiftet haben.

Ein Doppelgänger

Von Th. Storm.
(Schluß)

Ich hatte damals dieser Rede nicht gedacht; mich schauerte, da mich die Erinnerung jetzt besiel; der feuchte Nachwind, der mich umwehte, tat mir wohl, vor allem, weil er von heut und nicht von damals war; ich wußte, der Brunnen war vor ein paar Jahren zugestrichelt. „Zu Bett!“ sprach ich halb laut zu mir; „und, Seele, geh du auch zu Bett!“

Ich schloß das Licht und ließ das Fenster offen, damit alles, was lebendig war, zu mir herinkäme; und bald, als ich gedacht hatte, kam der Schlaf; nur mit einem freundlichen Bilde spielte mich der Traum; ich sah die von der Morgenfonne nur noch halb erleuchteten Straßen meiner Vaterstadt; ich hörte einen Wagen heranziehen, und zwischen zwei Lieben alten Leuten auf dem offenen Sitze sah die kleine Christine, und sie nickte mir freundlich zu, als sie bei mir vorbeilief und über dem Zingel zur Stadt hinausfuhr.

Der alten Mariken dachte ich nicht weiter; ich wußte, daß sie vor langen Jahren in St. Jürgens Stift ein ruhiges Sterbelissen gefunden hatte.

— Als ich spät am anderen Morgen in das Haus hinunterkam, erhob sich der Lohbraune von der Matte vor der Tür des Wohnzimmer und begrüßte mich webedel als einen Gast des Hauses; als ich aber eintrat, war niemand drinnen; nur die Magd öffnete eine Seitentür, guckte herein, als ob sie bestellt sei, meine Antunft zu berichten, und ließ dann rasch von dannen. Ich beschäftigte mich indes damit, die Bilder an den Wänden zu beschauen, aus denen deutlich zwei Charaktere zu erkennen waren: auf der einen Jagd- und Tierstunde von Steffel und dem alten Ridinger; über dem Sofa dagegen fand ich eine Kreuzesabnahme von Rudens und je zur Seite die Bildnisse von Luther und Melancthon. Am Sofa, auf dem lichtlosen Wandbilde am Fenster, hing, wie im Schatten der Vergangenheit, eine halberlöschene Photographie; aber ein Kranz von Juniorskellen, wie Johns Tochter sie getrennt auf unserem Waldbag gepflückt hatte, wohl gar derselbe, umgab den dunkeln Rahmen.

Mit Scheu trat ich näher: es war das Bildnis eines Soldaten in Uniform, wie vergleichlich die jungen Landleute während ihrer Dienstzeit anfertigen lassen und nach Hause schicken. Der Kopf war leblich ausgeprägt erhalten und zeigte mir das kaum mehr als einmal gelesene, aber unvergessene Antlitz des Arbeiters John Glückstadt; nur war in diesen Zügen noch nichts von Nummer oder Schul; der kleine dunkle Schnurrbart sah unter der ledernen Biermütze, und die Augen sahen ernst, doch sicher in die Welt hinaus. Es war John Glückstadt nicht; es war John Hansen, wie er im Herzen seiner Tochter fortlebte, für den sie getrennt ihren frühen bauerhaften Kranz gepflückt hatte; mit diesem John hatte der doppelgängerliche Schatten noch nichts zu schaffen. Es brannte mich, meiner edlen Wirtin zuzurufen: „Laß das Gespenst in deinem Haupte fahren; der Spul und dein geliebter Vater, sie sind nur eines: er war ein Mensch, er irrt, und er hat gelitten!“

Aber ich hörte die Stimmen meiner Wirtstute von hinten durch die Gartentür ins Haus kommen, und ich wandte mich von dem betaglichen Bilde ihnen entgegen, um ihren Morgengruß und ihre Scherze über meine Langschäfererei in Empfang zu nehmen.

— Wir lebten noch einen schönen Frühlingstag zusammen. Als ich aber spät abends mit dem Oberförster und seinem treuen Hund noch einen Waldbag machte, da schwieg ich nicht länger; ich erzählte ihm alles, jedes einzelne, was in der vergangenen Nacht mir in Erinnerung und im eigenen Geiste aufgegangen war.

„Hm“, machte der besonnene Mann und ließ seine Augen treuherrig auf mich ruhen; „das ist aber Poesie; Sie sind am Ende nicht bloß ein Advokat!“

Ich schüttelte den Kopf: „Nennen Sie es immer Poesie; Sie könnten es auch Liebe oder Anteil nennen, die ich rasch an meinen Wirtin genommen hätte.“ Es war zu dunkel, um zu sehen; aber mir war, als ob ein herzlicher Blick von ihm mich streifte. „Ich danke Ihnen, lieber Freund“, sagte er dann; „aber der Vater meiner Frau — ich hatte freilich nur wenig von ihm gehört — ist mir nimmer so erschienen.“

„Und wie denn anders?“ frag ich.

Er antwortete nicht mehr, sinnend gingen wir nebeneinander, bis wir das Haus erreicht hatten.

„Ihr seid sehr langsam gegangen“, sagte Frau Christine, als sie uns entgegentrat; „Ihr habt mich schier vergessen!“

— Als ich am anderen Morgen fortging, begleiteten mich beide, bis wo der Waldweg in die Landstraße ausläuft. „Wir schreiben Ihnen einmal!“ sagte der Oberförster. „Ich bin sonst kein Briefsteller; aber gewiß, ich tu's; wir müssen Sie festhalten suchen, damit Sie einmal wieder den Weg zu uns hinaus finden!“

„Ja, kommen Sie wieder!“ rief Frau Christine. „Versprechen Sie es; Ihr Abschied würde uns nicht so traurig machen!“

Ich versprach es gern; dann reichten beide mir die Hand, und ich stand und sah sie fortgehen; sie hatte sich fest an ihren Mann geschlossen, er legte sanft den Arm um ihre Hüfte. Dann kam eine Biegung des Weges, und ich sah sie nicht mehr.

„Ach wohl, John Glückstadts Tochter!“ rief ich leise; „nur die erste Silbe, nur das Glück ist dein geblieben; es wird schon treu sein, denn es ist an rechter Stelle!“

— Schon nach vierzehn Tagen kam der erste Brief des Oberförsters und ließ mich im Altensien eine lange Pause machen. „Ich muß Sie auch noch Ihres Versprechens entbinden“, schrieb er; „gleich am Abend unseres Abschieds habe ich meiner Christine die Geschichte Ihres Vaters erzählt, ausführlich, wie ich sie von Ihnen hörte. Sie mögen recht haben, er wird wohl so gewesen sein, und er war dann doch noch ein anderer Kerl, als wie er bisher meistlich im Herzen seiner Tochter ruhte; auch dürfen Mann und Weib nicht solch Geheimnis voreinander haben. Zwar ein Lebensschafflicher Tränensurz war die erste Folge, so daß ich schier erstarrt und dachte, es möchte das Temperament des Vaters in meiner sanfteren Frau erwacht sein. Aber ihr eigenes Gesicht esgen bald wieder, und jetzt — mein Freund, das Geheißblatt am Waldesrande, das jetzt wieder blüht, so lieblich, dünkt mich, hat es fast niemals noch gebüht; und das Bild des John Glückstadt trägt nun einen vollen Rosenkranz;

seine Tochter hat jetzt mehr an ihm; nicht nur den Vater, sondern einen ganzen Menschen. — Den Dank und Gruß, den Frau Christine mir für Sie aufgetragen, verleihe ich in der frauenhaften Weise nicht zu Papier zu bringen; ich kann Sie nur bitten, sich das Herzlichste zu denken.“

So schrieb der Oberförster damals; aber, wie es so geht, obgleich Briefe ein paar mal in jedem Jahre zwischen uns hin und her gegangen sind, ich bin nicht wieder dort gewesen. Aber hier links in der Ecke meiner Schreibstube auf zwei Stühlen steht jetzt mein gepackter Reisekoffer; draußen an den Wälgängen blüht einmal wieder das Geheißblatt, und hier drinnen ist für eine Woche alles lauber weggerodet; denn gewiß und wahrhaftig — morgen geht es fort zu meinen Freunden, zu John Glückstadts Tochter und zu meinem anderen Oberförster. Sein Brief, der die Antwort auf meine Anmelbung brachte, war ein rechter Jubelbrief. „Wir harren Ihrer mit Freuden“, schrieb er; „Sie kommen jetzt zur rechten Zeit; der Junge ist auch da mit seinem Gemangensgenuss in der Tasche; seine Mutter ist schier verliebt in ihn und studiert sein Antlitz, um darin immer einen neuen Zug aus dem ihres Vaters aufzufinden. Kommen Sie also; uns fehlt nur noch der Freund!“

— Gewiß, wenn Gottes Sonnenschein mich morgen weckt, ich komme!

Razivähler

Dualismus. — Auch Tante Melanie hat am 31. Juli gewählt. Zum ersten Male in ihrem langen Leben. Und stand gleich vor einem qualvollen Dilemma. „Für Hitler!“ lautete die Parole ihres Neffen Karl. Andererseits drängte das katholisch-christliche Herz von Tante Melanie zu dem alleinseligmachenden Zentrum. Doch schließlich trug die Überredungskunst des Neffen den Sieg davon; die gute Tante versprach ihm, ihre Stimme für die Nazis abzugeben.

Am Abend nach der Wahl erscheint der Neffe und fordert Regenschafft. „Ich habe Hitler gewählt“, erklärt die Tante. — „Aber Tante!“ ruft die anwesende Nichte. „Wir sagtest du doch, du hast für das Zentrum gestimmt.“

Tante Melanie blickt verlegen um sich und stüstert ängstlich: „Ach, Kinder, ihr dürft mich nicht verraten!“ Und Tanten erzählt, wie sie bis zum letzten Augenblick geschwankt habe, für wen sie ihre Stimme abgeben solle. Und als sie dann in die Wahlzelle sich unbedacht gefühlte, benutzte sie die Gelegenheit und hat auf dem Stimmzettel heimlich so für Hitler wie für das Zentrum, „ein Kreuz g'malt!“

Wettrennen. — Der Baron J. befaßt sich eigentlich wenig mit Politik. Seine Zeit gehört dem Pferdesport. Er ist im Vorstand bei den Herrenreitern, und mit dieser Tätigkeit enden seine sozialen Pflichten. Am letzten Wahlsonntag erinnert sich jedoch ganz überraschend der Baron seiner Staatsbürgerpflicht. Schnell geht er noch vor dem Kennen in das Wahllokal. Man reißt ihm den Stimmzettel. Mit einem Fuß bereits in der Zelle, wendet sich der Baron um: „Ah, ah... die Herren vergehen, welche Startnummer hat denn... ah... der Hitler?“

Juda erwacht. — Alter ist synonym mit Weisheit. In Berlin, in Wilmersdorf befindet sich ein jüdisches Altersheim. Man hatte am 31. Juli für die greisen Insassen im Hause selbst eine Wahlzelle errichtet. Kein einziger der alten Herrschaften hat sich der Wahlpflicht entzogen. Das Resultat der Abstimmung kann jedermann in dem amtlichen Wahlergebnis nachsehen. Es lautet folgendermaßen:

Wilmersdorf, Stimmberechtigt 175, abgegebene Stimmen 175, Wahlbeteiligung 100 Prozent.

Kommunisten 6 Stimmen, Sozialdemokraten 115 Stimmen, Staatspartei 38 Stimmen, Zentrum 12 Stimmen, Deutsch-nationale 1 Stimme, Nazis 3 Stimmen.“

Aus den Wahlstellen

Bielefeld. Die am 18. September abgehaltene äußerst gut besuchte Versammlung ehrte in üblicher Weise das Andenken des verstorbenen Kollegen Schlichthaber durch Erheben von den Plätzen. Anschließend machte Kollege Spalthoff Ausführungen über die letzte Papennotverordnung, deren Wirkung die Arbeiterschaft weiter auf das schwerste belaste, den Unternehmern aber große Vorteile bringe. Er ermahnte, sofort im Büro Mitteilung zu machen, wenn in irgendeinem Betriebe die Anwendung dieser Verordnung versucht werde, damit die Organisation die notwendigen Schritte zur Anwendung von Lohnverpflichtungen einleiten könne. Die Aufforderung, bei den im November stattfindenden Wahlen zum Reichstag nur der Sozialdemokratischen Partei die Stimme zu geben, damit die Notverordnung verschwinde und die Interessen der Arbeiterschaft in der notwendigen Form vertreten werden, ist offensichtlich auf fruchtbaren Boden gefallen. Nach Erledigung mehrerer dringlicher Angelegenheiten, darunter eines Schreibens des Ortsausschusses, bei dem nur tarifreife Freileute zu besuchen, und der Aufforderung, an der Festveranstaltung des graphischen Gelangereins am Anfang seines 40jährigen Bestehens teilzunehmen, nahm nunmehr Kollege Sparthoff, Hannover, das Wort, um einen ausführlichen Bericht über die augenblickliche tarifliche Lage zu geben. Kurz die Wortomstände im Mai und Juni freizugehen, zeigte er, daß nur die gute Disziplin der Mitglieder und die kluge Taktik des Hauptvorstandes einen 20prozentigen Lohnabzug verhindert habe. Daß die Schlichtungsverhandlungen in Berlin ausfielen, war vorauszu sehen. Die Abkist des Schlichters, die Forderung der Unternehmer auf Rückgang des Lohnes um 5,88 M. nachzugeben, ist für uns untragbar. Was werden wir, kann keiner voraus sagen. Die Arbeiterschaft hat es in der Hand, bei den kommenden Wahlen entweder solche Leute zu wählen, die solche revolutionäre Reden halten, ohne praktisch mitzuarbeiten, die sich „nationalsozialistisch“ schimpfen, als Arbeitervertreter aber Fürstentum, Grafen, Barone, Großkapitalisten usw. in den Reichstag schicken, oder solche, die aus der Arbeiterschaft hervorgegangen, ihre Not kennen und alles daran setzen, sie zu lindern. Wenn diese Erkenntnis sich endlich Bahn bricht, so schloß der Kollege Sparthoff, können wir sagen: „Mit uns das Volk, mit uns der Sieg.“ In der am 22. September abgehaltenen Versammlung berichtigte Kollege Spalthoff über das Endergebnis der Ver-

handlungen in Frankfurt a. M. In scharfen Worten geißelte er das Verhalten des Schlichters und der Unternehmer, die da glauben, mit den Mitteln des Lohnrückwärt die Wirtschaft zu heben. Wenn auf diesem Wege weitergewirkt wird, dann werden wir im kommenden Winter die Zahl der Arbeitslosen von 6 Millionen um eine gewaltige Ziffer überschreiten, denn nicht durch Senkung, sondern durch Hebung der Kaufkraft kann die Wirtschaft in Gang gesetzt werden. Niemand wird bestreiten, daß die Arbeitsleistung jedes einzelnen Arbeiters gegenüber der Vorkriegszeit sehr stark gestiegen ist, und schon aus diesem Grunde ist eine höhere Bezahlung gerechtfertigt. Wenn nun aber trotz Aufrechterhaltung der höheren Arbeitsleistung die Löhne gesenkt werden, dann dürfen sich die Unternehmer nicht wundern, wenn das Interesse an der Arbeit verschwindet und die Arbeitsleistung verringert wird. Wenn uns jetzt die von Hitler in den Sattel gesetzte Regierung der Grafen und Barone solche Dinge befehrt, dann müssen wir uns klar darüber sein, daß dieser Zustand nur eintreten konnte, weil ein großer Teil der Arbeiterschaft die tatsächlichen Verhältnisse verkannt habe und Leuten die Stimme gegeben habe, welche nie gewillt sind, die Not der Arbeiter zu lindern. Am 6. November sei der Tag, diesem Zustand ein Ende zu bereiten. In der Diskussion kam die Erregung der Mitglieder über diesen Lohnraub in harten Worten zum Ausdruck. Die Mitglieder erwarteten, daß alles daran gesetzt wird, diesen Schiedspruch aus der Welt zu schaffen, und sie begrüßten es mit Genugtuung, daß die Verhandlung mit der sofortigen Kündigung des Lohnrats gesamtantwortet hat. Sollte der neue Lohnkampf den Verhandlungsdruck zwingen, die Mitglieder zum offenen Kampf aufzurufen, dann werden sie Folge leisten. Kollege Spalthoff sagte noch kurz das Ergebnis der Diskussion zusammen und forderte auf, in diesem Augenblick der Organisation die Treue zu halten, denn wer jetzt die Fäden nicht ergreife, der lasse den Unternehmern den besten Dienst, denn die Zerstückelung der Organisation sei das Hauptziel der Unternehmer, damit sie als „Herren im Hause“ die Löhne willkürlich diktieren können.

Braunschweig. In der Monatsversammlung am 18. September berichtete der Vorsitzende über den Ausgang der Tarifverhandlungen, den Schiedspruch in Frankfurt a. M. und dessen Verbindlichkeit. Dieser Schiedspruch bringt der Arbeiterschaft einen erheblichen Lohnabbau, der noch wesentlich gesteigert wird durch die Bierzujugunehmung. Gleichzeitig ist die Geltungsbauer der Vereinbarungen, die vor dem 23. Juni getroffen wurden, auf die Dauer dieses Tarifs verlängert. Der Vorsitzende verlas je ein Schreiben des Hauptvorstandes und der Gauleitung. Die Erbitterung der Kollegenchaft über den diktatorischen Lohnraub kam in der anschließenden Aussprache spontan zum Ausdruck, den Unternehmern gibt man mit vollen Händen, um gleichzeitig der Arbeiterschaft alles müßig Errungen zu rauben und ihre Lebenshaltung auf das denkbar tiefste Niveau herabzubringen. Die Arbeiterschaft wird nicht tatenlos alles über sich ergehen lassen, sie wird sich enger und fester denn je zusammenschließen, um das Geräubte wieder zu holen. Bei den kommenden Wahlen wird sie mit dem Stimmzettel die Quittung überreichen, denn das diktatorische Vorgehen der letzten Zeit dürfte auch den Gleichgültigsten den Weg weisen. Durch Kampf zum Sieg. Am 1. und 2. Oktober findet die Gaukonferenz in Hildesheim statt. In einer Gewerkschaftskonferenz in Hannover wird Bezirksleiter Kollege Brenneke über die Notverordnung und das Wirtschaftsprüfung der Regierung v. Papen sprechen. Die nächste Mitgliederversammlung findet Ende dieses Monats statt.

Darmstadt. Am 20. September fand im Gewerkschaftshaus eine gutbesuchte außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Nach Erledigung einiger dringlicher Angelegenheiten erstattete der Vorsitzende Bericht über die letzten Lohnverhandlungen und gab anschließend den Schiedspruch von Frankfurt bekannt, woraus zu ersehen ist, daß abermals eine Lohnsenkung erfolgt und das Hauptziel der Unternehmer eine regionale Lohnregulierung ist. In der anschließenden Diskussion wurde zum Ausdruck gebracht, daß es nicht angänglich ist, das in langen Jahren heiß erkämpfte sich in kurzer Zeit wieder nehmen zu lassen. Vom Hauptvorstand und den Verhandlern wird verlangt, mit den schärfsten Mitteln ganz energig vorzugehen. In einer einstimmig angenommenen Entschließung kam zum Ausdruck: „Die Kollegenchaft ist nicht gewillt, von dem ohnehin schon färglichen Lohn auch nur einen Pfennig einzubüßen. Den Unternehmern wird dieses Spiel, das sie zur Zeit mit uns treiben, einst teuer zu stehen kommen. Wir verlangen von unseren Verhandlern, daß dieser erneute Lohnraub mit den schärfsten Mitteln bekämpft wird. Die Darmstädter Kollegenchaft lehnt diesen Schiedspruch ab. Ferner verlangt die Kollegenchaft, daß in Zukunft Berufs fremde über unseren Tarif nicht mehr zu entscheiden haben.“ Mit der Wahrung der Organisation die Treue zu wahren, wurde die Versammlung geschlossen.

Frankfurt a. M. Am 22. September waren alle im Buch- und Zeitungsdruck beschäftigten Mitglieder — die diensthabenden jedoch ausgenommen — im Gewerkschaftshaus versammelt. Kollege Kalb berichtete über die Verhandlungen vor der Schlichterkammer. Des Zusammenhangs halber besprach er kurz die Bewegung vom April bis Juni und den im Juni gefällten Schiedspruch, der die endgültig bindende Entscheidung über den § 4, Abs. 1 bis 5 bis zum 16. September festlegte. Dann kam er zur Fortsetzung dieses Verfahrens am 7. und 8. September in Berlin und vom 14. bis 16. September in Frankfurt a. M., womit man aus diktatorisch eine Lohnregelung aufzwang, die den schärfsten Kampf erfordert. Die Art der Verhandlungen war eine Verhandlung unserer Vertreter und somit der gesamten graphischen Hilfsarbeiterschaft. Keine der unserer berechtigten Forderungen wurde gewährt, selbst nicht von Schlichter Dr. Rimmich. Der, nachdem unsere Vertreter die Kammer verlassen hatten, sich nach anderen Beisitzern umschau und mit den Stimmen der Unternehmer die endgültige Schiedspruch fällte. Redner ging sodann auf die Auswirkung des Spruches ein und behandelte die sich für uns ergebenden Weiterungen. Auch über die fattedachte Konferenz von Verhandlungsleiter, Beirat und Gauleitern gab er Bericht. Gut zureden — sagte der Vorsitzende — wollen wir den Mitgliedern nicht, einzuweisen haben wir nur die zwangsläufige Vertragspflicht zu erfüllen. Der 4. November wird kommen, und wir sind von diesem Vertrage frei, und dann werden wir den Unternehmern unsere Entscheidung aufzuzwingen. Wenn die Kollegenchaft schon jetzt ihre Haltung darauf einstellt, lassen diese Auseinandersetzungen ihren Ausgang leicht vorausbestimmen. Schon während der Berichterstattung kam die Empörung der Kollegenchaft zum

Ausdruck und wurde in der Diskussion noch stärker. Jeder der Redner fand das Diktat als unerhört, und keiner wollte sich ihm fügen. Mögen die Weisungen, an die sich der Schlichter gebunden hielt, sein, wie sie wollen, das, was er sich hier gelistet hat, geht über das Maß des Erträglichen hinaus. Die regionale Lohnregelung wurde ganz entschieden abgelehnt. Es wurde verlangt, das Ergebnis mit sofortiger Aufnahme des Kampfes zu beantworten. Nachdem der Vorsitzende die Rechtslage nochmals erläutert hatte, kam folgende Entschliessung zur Annahme: „Die graphische Hilfsarbeiterfrage von Groß-Frankfurt steht den neuen Lohnsätzen ab, da er das Lebensniveau ganz unerhört untergräbt. Wir verlangen sofortige Ründigung dieses Tarifs durch den Verbandsvorstand und erwarten gleichzeitig schnellste Vorbereitung von Kampfmaßnahmen. Der Kollegenrat in der Reihe zufen wir zu, reiflos und geschlossen im Kampfe gegen solche Rücksichtslosigkeiten zu stehen.“ — Mit Angelegenheiten lokaler Natur, die durch Beschlüsse erlebzt wurden, fand die stark besetzte Versammlung ihr Ende.

Hamburg. Versammlung am 21. September. Kollege Lohse gab einen eingehenden Bericht über die letzten Lohn- und Tarifverhandlungen. Gemäß der Bestimmung des letzten Schlichterspruches vom 23. Juni d. J., bis zum 16. September d. J. das Lohnabkommen endgültig zu regeln, fanden am 7. und 8. September Verhandlungen über diesen Punkt statt. Die Unternehmer waren in ihren Forderungen nicht bescheidener geworden. Es verlangten neben einem großen Lohnabzug die regionale Regelung des Lohnabkommens und die Loslösung von der Regelung der Gehälter. In der Vergangenheit haben wir selten tarifliche Schwierigkeiten in den Betrieben gehabt. Da jetzt viele Berufsstellen die Leitung in den Betrieben erhalten haben, wird eine gütliche Regelung in den Betrieben immer schwieriger. Die Verhandlungen scheiterten. Neue Verhandlungen haben am 14. bis 16. September d. J. in Frankfurt a. M. stattgefunden. Die Anträge der Unternehmer waren aber so ungeheuerlich, daß sie für unsere Verbände unannehmbar waren. Es verließen die Schlichterkammer. Durch Hinzuziehung anderer Arbeitnehmerbeisitzer ist es dann gelungen, einen Spruch zu fällen, der sich für die Hilfsarbeiterfrage verwerdend auswirken muß. Die regionale Regelung bringt große Nachteile in der Bezahlung der Hilfsarbeiter. Ganz unverdächtig ist der Unterschied zwischen Berlin und Hamburg. Der Unterschied von 0,60 M. pro Woche ist ganz ungerechtfertigt bei Beurteilung der Lebenshaltungskosten in Berlin und Hamburg. Man kann nur annehmen, daß böser Wille der Unternehmer der Grund ist für diese Maßnahme. Eine Uneinigkeit wird man jedoch dadurch nicht in die Reihen der Hilfsarbeiter tragen. Der Entlohn für Hamburg ist für den Gau 10 nicht maßgebend. Es wird vielmehr für die Orte unseres Gau's der Entlohn von Köln und Leipzig maßgebend sein. Der Bremer Lohn richtet sich nach dem Entlohn Hannover. Dadurch entstehen für einzelne unserer Gauorte große Ungerechtigkeiten. Der Schlichterspruch ist leider verbindlich. Ein Kampf, wie wir ihn uns wünschen, würde großen Schaden für unsere Gewerkschaft bringen. Wir warten jedoch den Zeitpunkt ab, da es uns möglich sein wird, ohne Schaden für die Gewerkschaft das nachzuholen, was uns heute genommen ist. Das Lohnabkommen muß sofort von uns gekündigt werden. In der Ründigungsgesetz werden alle Maßnahmen getroffen, um den Kampf vorzubereiten. In der recht regen Diskussion haben alle Redner ihrer Empörung Ausdruck über diesen Schlichterspruch. Die Gewerkschaft wurde aufgefordert, mit allen möglichen Mitteln diesen Angriff auf die Lebenshaltung der Kollegen abzuwehren. Es wurde folgende Resolution angenommen: „Die Versammlung befand, daß sie ganz hinter den Verbändlern steht und alle Maßnahmen, die getroffen werden, um diesen Lohnabbau wieder gutzumachen, unterstützt. Die Versammlung fügt sich nur dem Zwange der gesellschaftlichen Verordnungen, wird aber, wenn der Weg zum Kampf offen ist, den Kampf nicht scheuen.“ Kollege Selge machte dann bekannt, daß unser Hausstatistiker, Kollege Bertram, seines Alters wegen ausscheidet. Er sprach dem Kollegen Bertram herzlichsten Dank für geleistete Arbeit aus. Die Stelle ist durch Ausschreibung neu zu besetzen. Am 27. September wird Dr. med. Brandt einen Vortrag halten über „Die Gesundheitsgefahren im Tiefdruck“. Dr. Brandt hat unsere Tiefdruckkollegen auf ihren Gesundheitszustand untersucht und wird aus seinen Ergebnissen heraus den Vortrag gehalten. Die gesamte Kollegenchaft wird aufgefordert, sich diesen Vortrag anzuhören.

Jena. Eine Versammlung im Gewerkschaftshaus am 21. September beschloß sich mit dem neuesten Lohnraub der Unternehmer. Zunächst begrüßte der Vorsitzende Kollege Lindemann die zahlreich Erschienenen und erteilte dem Gauleiter Kollegen Wambacher (Erfurt) das Wort. Kollege Wambacher berichtete eingehend von den Schlichtungsverhandlungen am 8. September in Berlin. Besonders erwähnte er die veränderte Stellung der Schlichter seit der Papen-Notverordnung, die bewegliche Tarife vorschreibt. Die Unternehmer beantragten „nur“ 10, 6 und 4 Mark Lohnabzug und erzeugten mit ihrer „Bescheidenheit“ den schärfsten Widerstand unserer Vertreter. Wegen Zeitmangels des Schlichters wurden die Verhandlungen bis zum 14. September vertagt. Die neuen, ungemein schwierigen Verhandlungen fanden in Frankfurt a. M. statt und endeten, nachdem sie beinahe aufgeflogen waren, mit dem bekannten Lohnraubdiktat von Frankfurt. Als Kollege Wambacher am Schluß seiner Ausführungen mittelste, daß dieses Lohnabkommen auf Grund des § 21, Abs. 2 unseres Tarifs bereits zum 4. November wieder gekündigt ist, erntete er reichen Beifall. In der folgenden Aussprache, in der alle Sprecher diesen Lohnraub aufs schärfste verurteilten, legte Kollege Reichel nach kurzer Begründung folgende Entschliessung vor, die einstimmige Annahme fand: „Eine am 21. September in Jena tagende gutbesuchte Mitglieder-versammlung nahm einen Bericht des Gauleiters Wambacher (Erfurt) über die neuesten Lohnverhandlungen, die mit dem Lohnraubschlichterspruch vom 16. September endeten, entgegen. Die Versammlung konnte dieser nur mit großer Entrüstung juridizieren. Es wurde mit großer Beifriedigung festgelegt, daß dieses Lohnraubabkommen bereits zum 4. November wieder gekündigt ist. Es ist dem Verbandsvorstand und der Gauleiterkonferenz vollstes Vertrauen ausgesprochen, und die Kollegenchaft wird in dem kommenden Lohnkampf in vollster Geschlossenheit hinter diesen Instanzen stehen.“ Zum Schluß berichtete Kollege Lindemann noch über den Stand der Schlichterschiedsverhandlungen gegen die Firma Rönne in Jena und hofft nach dem Stand der Dinge auf ein obiges Urteil im Sinne unserer ausgesprochenen und gemäßigten Kollegen und Kolleginnen.

Karlsruhe. Am Freitag, dem 16. September, fand nach Geschäftsfluß eine Mitgliederversammlung statt, nachdem

im Monat August, wie jedes Jahr üblich, die Versammlung ausgefallen war. Kollege Kofjusz führte an Stelle des zurückgetretenen Vorsitzenden Kollege Strifke den Vorsitz. Von den Mitteilungen interessierten besonders zwei örtliche Ereignisse. In einer Druckerlei führten Lohnbifferenzen zu einer zweitägigen Arbeitsniederlegung. Auch in einem der größten Zeitungsbetriebe unserer Zahlstelle, der „Babischen Presse“, kam es wegen Entlassungen und Kurzarbeit zu einem Konflikt. Nach abschließender Arbeitsniederlegung der gesamten Belegschaft war die Geschäftsleitung bereit, den Forderungen der Belegschaft nachzukommen. Aus dem Kaiserberich vom zweiten Quartal konnte festgestellt werden, daß trotz weiteren allgemeinen Niederganges unsere Zahlstelle verhältnismäßig gut bestellt ist. Zum Haupttagungsordnungspunkt: „Das Ergebnis der Lohnverhandlungen“, sprach Gauleiter Werner. Er konnte nur über den bisherigen Verlauf der Verhandlungen in Berlin berichten. Die Verhandlungen wurden am 14. September in Frankfurt fortgesetzt, und im Laufe des Tages traf von dort ein Telegramm ein, welches Kollege Werner zur Verlesung brachte. Es besagte, daß unsere Schlichter-Beisitzer es abgelehnt haben, an weiteren Verhandlungen zwecks Lohnreduzierung teilzunehmen, was in der Versammlung Beifall auslöste. Nach einer kurzen Diskussion fand die Stimmung der Versammlung in nachstehender, einstimmig gefaßter Entschliessung ihren Niederschlag. „Die heute, am 16. September, im Volksheim verammelten Mitglieder der Zahlstelle Karlsruhe nehmen mit Entrüstung davon Kenntnis, daß das Unternehmertum im Buchdruckgewerbe seine Absichten zum Juni durchzuführen versucht, obwohl der Arbeiterschaft durch die sogenannten Arbeitsbeschaffungs- und Tariflosgewerkschaften der Regierung Papen gewaltige Abstriche des Existenzminimums drohen. Die Verammelten werden sich mit allen zu Gebote stehenden Mitteln dagegen zur Wehr setzen und werden sich nicht zwingen lassen, zu solchen Lohnbedingungen zu arbeiten. Die Verammelten geloben, nun erst recht mit erhöhtem Eifer für die Stärkung des Verbandes zu wirken.“ Einige interne Fragen riefen noch eine längere Debatte hervor. Dem Beschluß des Vorstandes, die Neuwahl eines 1. Vorsitzenden bis zur Generalversammlung zu verschieben, wurde aus der Versammlung nicht widersprochen. Die Geschäftsfluß führt bis dahin der 2. Vorsitzende Kollege Kofjusz.

Köln. Zu den reichstarrlichen Lohnverhandlungen im Buchdruckgewerbe nahm die Kölner Kollegenchaft in zwei großen Versammlungen Stellung. Kollege Heimann erstattete die Berichte. In der Versammlung am 11. September schilderte er die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium und gab die Abbauanträge der Unternehmer bekannt. Stürmische Entrüstung wurde laut, als er die beabsichtigte Tarifauslöschung und die beantragten neuen Löhne zur Verlesung brachte. Der Referent ging bei seinem Bericht dann des näheren auf die Ursachen ein, die den Boden für die Kühnheit des gesamten Unternehmertums gegeben haben. Die ostelbischen Methoden, mit denen heute das deutsche Volk regiert werde, seien nicht zuletzt auf die verheerende Uneinigkeit der deutschen Arbeiterschaft zurückzuführen. Unverantwortlicher Rechts- und Linksradikalismus hemmten jeden Fortschritt und trügen zur Zerstückung aller sozialen Errungenschaften bei. Das sei heute jedem Arbeiter, der sehen könne und wolle, vollkommen klar. Die Versammlung brachte einstimmig zum Ausdruck, nach wie vor diszipliniert zusammenzukommen. In vollstem Vertrauen zu den Tarifverhandlern. Am 20. September nahm die Versammlung einen zum Teil sehr erregten Verlauf. Nach dem Bericht des Gauleiters über den Verlauf der Verhandlungen und der Bekanntgabe des Schlichterspruches nebst neuen Löhnen setzte eine lebhafteste Aussprache ein. Die Empörung über die Zumutungen der Unternehmer war der Grundton jedes Redners. Sofortiges Vorschlagen wurde gefordert, Anträge auf Lohnreduzierungen wurden eingebracht, örtliche oder betriebliche Nachbarverhandlungen zwecks Gewährung von Leistungszulagen verlangt. Mehrere Entschliessungen wurden aufgestellt, die der Empörung Ausdruck verliehen und sofortige Maßnahmen der Verbandsleitung verlangten. Im Schlußwort legte der Referent die Rechtslage klar und wies mit aller Deutlichkeit nochmals darauf hin, daß die Organisationsvertreter sich feinstallos verhalten hätten, diesem Schlichterspruch das Wort zu reden. Der Spruch sei eine Vergewaltigung der graphischen Hilfsarbeiterchaft mit Staatsmacht, er wirke verlegend und brisierender. Die erste Belegschaft müsse dazu benutzt werden, von dieser unerbittlichen Regelung loszukommen. Aufgabe der Kollegenchaft sei es jetzt, in allen Betrieben aufzureiben zu werden und in gewerkschaftlicher Schulung sich auf die bevorstehenden, unaussprechlichen Kämpfe vorzubereiten. Eine in diesem Sinne gehaltene Entschliessung fand einstimmige Annahme.

München. Für die große Protestversammlung gegen den Lohnraub der Arbeitgeber im Buchdruckgewerbe wurde nicht nur in zehn vorausgegangenen Bezirksversammlungen lebhaft Propaganda gemacht, sondern auch die Unternehmer unterstützten die Agitation für die Versammlung dadurch, daß viele in echt zynischer Weise dem Buchdruckereifilialpersonal meist unter Ausfällen auf unsere Verbandsleitung die durch Schlichterspruch erfolgten Lohnabzüge bekanntgaben. Es kam es, daß der große Kolossensaal bis auf den letzten Platz besetzt war. Unter erdendem Gedanken des zuletzt verstorbenen Kollegen Anton Ranz eröffnete Kollege Albert Schmid die Versammlung, und nach Verlesen des Protokolls durch den Kollegen Wagner gab Gauleiter Kollege Lehmeier in chronologischer Weise Bericht über die Lohnverhandlungen, die mit dem ungeheuerlichsten Lohnraub an der Buchdruckereifilialarbeiterchaft ihren Abschluß fanden. Da die „Solidarität“ des eingehenden über die Verhandlungen berichtet hat, können wir uns die weiteren Ausführungen des Kollegen Lehmeier, die bei unseren Mitgliedern helle Entrüstung auslösten, sparen. Die Aussprache war denn auch von nie gehörter Schärfe, und mit aller Deutlichkeit kam zum Ausdruck, daß es nun ein Ende haben müsse mit der Bekämpfung der Arbeiterschaft untereinander, sondern sich der ganze Haß der Arbeiterschaft gegen diejenigen richten müsse, die das Glend der Arbeiter verschuldet haben und gewissenlos über die Not kranker und stehender Arbeiter und verwundender Kinder schreien, um ihren Profit zu steigern. Wie weit die Not der graphischen Hilfsarbeiterchaft bereits gediehen ist, wurde an drastischen Beispielen gezeigt und den Unternehmern nahegelegt, mit ihren Familien zu verleben, nur auf vier Wochen mit den Wöhnen, die sie für die Arbeiterschaft als berechtigt ansehen, zu leben. Solange nicht die Steuern gesenkt, die Wohnungspreise herabgesetzt und das Licht und die hauptsächlichsten Lebensmittelpreise verbilligt sind, bedeuten solche Abzüge an dem Verdienst der graphischen Hilfsarbeiterchaft einen Verlaß, der allmählich zur

Verblutung führen muß. Die Folge derartiger Maßnahmen sind ungeheure Erregung und Arbeitsverlust in den Betrieben, an der die Unternehmer in Zukunft gewiß keine Freude haben werden. Fluch der Papenregierung und ihrer Helfershelfern, und Kampf dem Deutschen Buchdrucker-Berein, das war der Ausklang dieser denkwürdigen Kundgebung. Der Beschluß des Verbandsvorstandes, des Verbandsbeirates und der Gauleiter, diesen unter dem Druck der Papenregierung erfolgten Schlichterspruch zum nächstzulässigen Termin zu kündigen, wurde einstimmig gutgeheißen und ein treues Festhalten an dem Verbands gelobt.

Stuttgart. Am 22. September nahm die Stuttgarter Kollegenchaft Stellung zum Frankfurter Lohnraub. Schon vor dem Beginn der Versammlung zeigte sich die Wirkung, welche der Lohnraub auf die Kollegenchaft gehabt hat. Schärfe und harte Worte fielen im Gespräch gegen die Unternehmer, welche in einer Zeit, da ihnen die Regierung Millionen-geldente in den Schoß wirft, nun auch noch dazu übergehen, das tägliche Einkommen des Hilfspersonal mit Hilfe des staatlichen Schlichters noch weiter herabzusetzen. Kollege Werner behandelte in einleitender Rede das Thema: „Das Frankfurter Lohnraubdiktat.“ Das Lohnraubdiktat von Frankfurt wird und muß dem letzten Kollegen und der letzten Kollegin zum Bewußtsein bringen, daß wir in einem Klassenkampf leben und wir uns nur behaupten können, wenn wir alle als Klassenkämpfer innerhalb der Organisation unserer Mann stellen. Ein Wiederaufstieg der Arbeiterklasse wird erst dann eintreten, wenn sie alle Uneinigkeit aus ihren Reihen verbannt hat. In Zeiten der Not führt nur vollste Einigkeit wieder heraus. Wir Hilfsarbeiter haben jetzt die Folgen der Uneinigkeit der Arbeiterschaft als erste zu spüren bekommen. Die Uneinigkeit des werktätigen Volkes hat es fertig gebracht, daß wir in Deutschland wieder eine Junkerregierung haben. Diese Junkerregierung hat die Schlichter festgelegt, gegen die Arbeiterschaft zu entscheiden. Von diesem Gesichtspunkte müssen wir den Schlichterspruch betrachten. Der Referent schätzte nun die Änderungen, welche der Schlichterspruch gebracht hat, heraus. Unsere Unterhändler und die Beisitzer in der Schlichterkammer haben bis zum letzten Augenblick ihre Pflicht voll und ganz erfüllt. Daß wir diesen Schlichterspruch bis aufs äußerste bekämpfen müssen, war für den Verbandsvorstand keine Frage. Er hat sofort die verantwortlichen Verbandsinstanzen, den Verbandsvorstand, den Verbandsbeirat und die Gauleiter zu einer Konferenz nach Berlin berufen. Dort wurde nach längeren Beratungen festgestellt, daß es gegen diesen verbindlichen Schlichterspruch nur ein Mittel gibt, so schnell wie möglich wieder von dieser Bindung loszukommen. Nach den Manteltarifbestimmungen kann er jeden Freitag mit sechswochiger Frist gekündigt werden. Die Konferenz hat diese Ründigung einstimmig beschlossen, und zwar ist sofort, am 23. September, davon Gebrauch zu machen. Dadurch werden wir das an uns vergangene Unrecht wieder corrigieren können. Von unserer Kollegenchaft müssen wir aber verlangen, daß sie den letzten Kollegen und die letzte Kollegin zur Organisation heranziehen. Die Unternehmern darf die Freude nicht lange gelassen werden. Die Ausführungen des Kollegen Werner hinterließen ein hartes Eindringen auf die Versammlung. In der hierauf einsetzenden Diskussion beteiligten sich die Kollegen Kuhn, Gorg und Mattern und die Kolleginnen Bantel und Schilling. Alle Redner waren in der Beurteilung des Schlichterspruches einig und billigten die Haltung der Verbandsinstanzen. Nur bei formunfähigen Rednerin blieb es vorbehalten, gegen die Verbandsleitung zu sprechen. Diese Ausführungen riefen aber bei dem größten Teil der Versammlung heftigen Unwillen hervor. Der Versammlung lagen zwei Entschliessungen vor, eine von der kommunistischen Seite und eine von der Versammlungsleitung. Diese wurde von der Versammlung gegen wenige Stimmen angenommen: „Die Verammelten protestieren entschieden gegen diesen neuesten brutalen Lohnraub und werden sich mit allen zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln zur Wehr legen, damit dieser Lohnraub auf dem schnellsten Wege wieder ausgeglichen und rückgängig gemacht wird. Während des ganzen Tarifstreites haben wir unsere Unternehmer zur Genüge kennengelernt. Diese verlangen von uns große Arbeitsleistungen und wollen so wenig wie möglich bezahlen. Diese Handlungsweise kann man nicht als moralisch begehren und wird bestimmt ihre Früchte tragen. Dem letzten Hilfsarbeiter und der letzten Hilfsarbeiterin wird zum Bewußtsein kommen, daß es dagegen nur ein Mittel gibt, der reiflose Anschlag an die Organisation. Sobald die Zeit gekommen ist, werden uns die Unternehmer auf dem Plan finden. In dieser Abwehr mitzuarbeiten, wird die Pflicht aller Kollegen und Kolleginnen sein. Darüber hinaus wollen wir die Kollegenchaft aber auch mehr wie bisher aufklären, daß der kapitalistische Staat der Arbeiterschaft nur Not und Glend zu bieten hat. Unsere Zukunft liegt im Sozialismus; diesen herbeizuführen, muß unsere heiligste Aufgabe sein.“

Literatur

„Uranian.“ Kulturpolitische Monatshefte über Natur und Gesellschaft mit den ständigen Beisitzern „Eustales Wandern.“ „Der Welt“, den Liebelauben und den vierteljährlich beigegebenen Buchabgaben.

„Gesundheit.“ Zeitschrift für gesundheitliche Lebensführung des berufstätigen Volkes. Herausgeber: Hauptverband deutscher Krankenkassen e. V., Berlin-Charlottenburg, Berliner Str. 137.

Zum 25jährigen Geschäftsjubiläum unserer Kollegin, der Anlegerin **Terza Kuhn** in der Firma Volksbruderei, die herzlichsten Glückwünsche.

Die Mitglieder der Zahlstelle Stettin.

Unserem lieben Kollegen und 1. Vorsitzenden **Freih. Berbering** zu seinem 50jährigen Arbeitsjubiläum bei der Firma **B. C. C. Bruns** in Minden („Lübbeder Kreisblatt“) die herzlichsten Glückwünsche.

Die Mitglieder der Zahlstelle Minden i. W.

Für die Woche vom 25. September bis 1. Oktober ist die Beitragsmarke in das 40. Heft des Mitgliedsbuches oder der Mitgliedskarte zu kleben.

Verantwortlich für Redaktion: **K. Schulse**, Charlottenburg, Mecklenburger Str. 5. Fernr.: Amt Belding 1323. — Verlags: **S. Koblak**, Charlottenburg. Herausgeber: Verband der graphischen Hilfsarbeiter u. -arbeiterinnen Deutschlands, Verbandsvorstand: Charlottenburg, 9. Mecklenburger Str. 5. — Druck: **Waldbrunn**, werkhalle 6560, Berlin SW 61, Dreßdnerstr. 5.